

Protokoll

der StuPa-Sitzung vom 4.12.1978

Anwesend:

Kollatz, Horst, Klär, Bohlen, Spille, Laux, Ferkinghoff, Senger, Fraytag,
Hartung
Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Posern, Happel, Voorgang
Grießmann
Meisel, Bettermann, Reimann, Aldinger, Melbaum, Reis, Flöter, Willnecker
Urban, Warnecke, Asmus, Braun, Etscheid, Frühwacht, Fuld
Daniel
Pötzl, Ullrich

Tagesordnung: 0. Formalia

1. TH-VV
2. Haushaltsabschluss 77, 1. Lesung
3. Haushaltsentwurf 79 1. Lesung
4. a. Finanzantrag
b. Anträge
5. Verschiedenes

zu 0.:

Die Sitzung wurde mit Feststellung der Beschlußfähigkeit um 18.45 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form mit 14 Ja-, 9 Nein-Stimmen angenommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde einstimmig angenommen

zu 1.:

Klaus Reimann brachte einen Antrag auf Festsetzung einer neuen TH-VV ein, der auf TOP 4 a. verschoben wurde.

Daran schloß sich eine längere Diskussion an über den Charakter, den VV's inzwischen haben, welche Fehler die Versammlungsleitung gemacht habe, welche Aufgaben und Zielsetzungen eine VV haben sollte und wie man in diesem Sinne eine Verbesserung erreichen könne usw. Im weiteren ging die Diskussion über auf die in der von der Vollversammlung beschlossenen Resolution enthaltenen Forderungen. Dazu gab es eine Erklärung der Juso-HSG (s. Anlage)

Darüber entstand eine längere Diskussion. GO Antrag auf Zulassung einer Zwischenfrage an Rüdiger Ullrich wie die Studentenbewegung in der DDR organisiert sei. Ein entsprechender Antrag auf Nichtbefassung dieses GO wurde mit 11 Ja- 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

GO auf Abbruch der Debatte und Vertagung: mit 2 Ja- 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen GO abgelehnt.

Darauf wurde die VV-Resolution ungeändert wie folgt abgestimmt:

18 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

An dieser Stelle wurde der Bericht von Peter Senger über die Befragung des Stuw-Geschäftsführers, Dr. Schwarz, zu den auf der letzten Sitzung beschlossenen Fragen eingeschoben. Eine knappe Zusammenfassung ist als Anlage 3 beigefügt. Es wurde angeregt noch weitere Fragen zu stellen,

1. Warum ist das Essen auf der Lichtwiese so teuer?
2. Ist die starke Schlangebildung auf der Lichtwiesenmensa nicht mit geeigneten

Maßnahmen zu beheben?

zu 2.:

Vom RCDS wurde bemängelt, daß die einzelnen Positionen nicht weit genug aufgeschlüsselt seien. Dem hielten der anwesende ASTA Geschäftsführer und die ASTA Referenten entgegen, daß das nach der Finanzordnung nicht vorgeschrieben sei, vom Arbeitsaufwand das Ergebniss nicht rechtfertige und außerdem jeder Parlamentarier das Recht habe, alle Konten und Bücker einzusehen, das aber bisher noch nicht wahrgenommen worden sei.

GO-Antrag auf sof. Abst. des Haushaltsabschlusses:

18 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
2-Enthaltungen

Abstimmung über Haushaltsabschlu:

13-Ja-Stimmen
10-Nein-Stimmen
4-Enthaltungen

Die Abstimmung wurde angezweifelt und wiederholt:

13-Ja-Stimmen
9-Nein Stimmen
5 Enthaltungen

Damit ist der Haushaltsabschluß in erster Lesung nicht angenommen. Udo Etscheid stellte darauf den Antrag auf genauere Aufschlüsselung des Abschlusses. GO auf Nichtbefassung:

14-Ja-Stimmen
12-Nein-Stimmen
damit wird der Antrag nicht befasst

Anlage 4

zu 3.:

GO-Antrag auf Vertagung des Haushaltsentwurfs:

11-Ja-Stimmen
12-Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Am vorgelegten Haushaltsentwurf wurde bemängelt, daß die Umbenennung der Referate z.B. Ausländer in Sozial II nicht berücksichtigt war. Der Informationsetat wurde für zu hoch befunden. Außerdem wurde von Martin Leser der Antrag gestellt nur die Hälfte der VDS-Mitgliedsbeiträge zu bezahlen

GO auf sofortige Abstimmung von Voorgang, Ohne Gegenrede angenommen.

Änderungsantrag von M. Leser:

13 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen
0-Enthaltungen

Haushalt 1.Lesung:

14 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit ist der Haushaltsentwurf 79 in erster Lesung angenommen.

zu 4.:

Finanzantrag des Schauspielstudios (Text Anlage 5)

Nach kurzer Diskussion GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

14 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
4 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

Der Finanzantrag wurde mit einer Enthaltung mehrheitlich angenommen. Als nächstes wurde der Antrag von Klaus Reimann auf Abhaltung einer VV im Januar 79 behandelt.

Änderungsantrag den Termin auf Anfang Februar festzulegen wurde mehrheitlich angenommen.

Änderungsantrag statt der VV ein Teach-In durchzuführen :

5 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
2 Enthaltung

Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Der Antrag wurde mit den vorliegenden Änderungen wie folgt abgestimmt:

19 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit angenommen.

Zum Dringlichkeitsantrag wurde ein Änderungsantrag auf Streichung des Absatzes gestellt, der die Passage "kleinlicher Racheakt" enthielt. (14-Ja, 2-Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen angenommen.)

Der so geänderte Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

(Text Anlage 7)
13 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit angenommen.

AStA-Antrag zum Bafög mit Änderungen bei zwei Enthaltungen angenommen.

(Text Anlage 8)

In der nächsten WUB wird berichtet, daß Thomas Bös nichtgewähltes Mitglied des AStA ist

8 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Fuld (RCDS) stellt Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit. Anw
13 Parlamentarier, bei Abwesenheit des Antragstellers.

Schluß der Sitzung damit 23.20.

Protokollführer: Asmus Freytag

Anlage 1

Die Juso-HG hält die Forderung nach "Erhalt der verfassten Studentenschaft mit Satzungshoheit, Finanzautonomie und politischem Mandat" und "nur eine ..." für in sich widersprüchlich und politisch falsch; und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Forderung nach Erhalt einer Verf. Studentenschaft mit o.g. Eigenschaften ist unsinnig, da eine solche Studentenschaft existiert. Die derzeit bestehende Studentenschaft besitzt weder Satzungshoheit, noch politisches Mandat, noch volle Finanzautonomie.
2. Die Angriffe, die heute auf AStA und Fachschaften organisiert werden, sind nur möglich weil AStA und FS staatlich verfasste Organe sind. Die Tatsache, daß die Studentenschaft eine Körperschaft des Öffentl. Rechts mit Zwangsmitgliedschaft ist, erlaubt es dem KuMi über Rechtsaufsicht, Gerichtsurteile und Gesetzen die Organe der Studentenschaft anzugreifen bzw. liquidieren.
3. Die Juso-HG ist der Meinung, daß wirksame Aktionen gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen, die dann erfolgreich geführt werden können, wenn die Studentenschaft unabhängig vom Staat handeln kann und nur den Interessen der Studenten verpflichtet ist.

Die Juso-HG ist der Meinung, daß die Forderung bestimmter politischer Gruppen, die sich allein auf die Zwangsmitgliedschaft der Studenten konzentriert einer politischen Bankrotterklärung gleichkommt und außerdem eine Verachtung der Studenten ist und sie zu Beitragszahlern degradiert.

Wir halten es mit unserem polit. Selbstverständnis für unvereinbar, den Staat aufzufordern, den Studenten das Geld abzunehmen und uns zu geben, damit überhaupt die Arbeit einer Stud. Interessensvertretung finanziert werden kann.

Die Arbeit einer Std. Interessensvertretung ist dann sinnvoll, wenn sie zu einer Beteiligung der Studenten und damit zu einer Verankerung bei den Studenten führt, so daß die Mehrheit der Studenten freiwillig ihren finanziellen Beitrag zur Arbeit leistet.

Die Juso HG verteidigt die Rechte der Studenten, die sich heute noch in AStA und Fachschaften verkörpern. Wir überlassen es aber Kräften wie dem MSB Spartakus, dafür einzutreten, daß die Fesseln mit denen die Studentische Interessensvertretung geknebelt ist, aufrechterhalten bzw. verstärkt werde.

Wir sind der Meinung, daß die VV, das höchste Beschlußfassende Organ der Studentenschaft ist und bestätigen daher die Beschlüsse der VV im Stu-Pa. Wir werden aber in Zukunft verstärkt die Diskussion dieser Probleme in die Studentenschaft tragen.

Anlage 2

VV-RESOLUTION

1. DIE VV DER THD LEHNT DIE EINRICHTUNG DES VERMÖGENSBEIRATES AB, WEIL ER EINDEUTIG EIN INSTRUMENT DER POLITISCHEN KONTROLLE UND BEVORMUNDUNG DER STUDENTEN UND IHRER ORGANE ASTA UND FS-RÄTE DURCH DEN STAAT DARSTELLT, GLEICHZEITIG LEHNT DIE VV ENTSCHIEDEN JEDE EINSCHRÄNKUNG DER MEINUNGS- UND INFORMATIONSFREIHEIT DER STUDENTENSCHAFT UND IHRER ORGANE DURCH DEN STAAT UND DAS KULTUSMINISTERIUM AB; NUR EINE STARKE VERFASSTE STUDENTENSCHAFT MIT BEITRAGS- UND FINANZHOHEIT, SATZUNGSAUTONOMIE UND POLITISCHEM MANDAT KANN UNSERE INTERESSEN WIRKSAM VERTRETEN. DIE VV BEKRÄFTIGT NACHDRÜCKLICH, DASS DAS HHG INSGESAMT GEGEN DIE INTERESSEN DER STUDENTEN GERICHTET IST UND EINE WEITERE VERSCHLECHTERUNG DER LERN- UND STUDIENBEDINGUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN BEWIRKEN WIRD.
- DIE VV LEHNT EINE BETEILIGUNG STUDENTISCHER VERTRETER AN EINEM VERMÖGENSBEIRAT AB.

DIE VV FORDERT ALLE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN AUF, GEMEINSAM DIE EINRICHTUNG DES VERMÖGENSBEIRATES ABZULEHNEN.

MIT DER GEMEINSAMEN FRONT ALLER HS-ANGEHÖRIGEN KANN SEINE EINRICHTUNG VERHINDERT WERDEN.

DIE VV BESCHLIESST DESHALB FOLGENDE FORDERUNGEN:

- Keine Einrichtung des Vermögensbeirates an der THD !
- Studentische Gelder allein unter die Kontrolle der Studenten !
- Keine Sperrung der Gelder der Studenten durch die staatlichen Aufsichtsorgane !
- Für den Erhalt der verfassten Studentenschaft mit Beitrags- und Finanzhoheit, Satzungsautonomie und politischem Mandat.
- Der Konvent der THD wird aufgerufen, sich gegen die Einrichtung des Vermögensbeirates und gegen die staatliche Kontrolle der studentischen Gelder auszusprechen !

FERNER UNTERSTÜTZT DIE VV DIE LAUFENDE UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG, DIE DIE OBEN GENANNTEN FORDERUNGEN ENTHÄLT,

FALLS DER KULTUSMINISTER DENNOCH PER RECHTSAUFSICHT DEN VERMÖGENSBEIRAT EINSETZT, WIRD EINE NEUE VV ÜBER WEITERE MASSNAHMEN UND AKTIONEN DER STUDENTEN BESCHLIESSEN.

2. DIE VV LEHNT DIE GEPLANTE EINFÜHRUNG DER REGELSTUDIENZEITEN MIT ZWANGSEXMATRIKULATION NACHDRÜCKLICH AB, WEIL SIE IM ZUSAMMENHANG MIT STAATLICHER STUDIENREFORM, VOM KUMI ERLASSENEN PRÜFUNGSORDNUNGEN ETC. JEDE FORM DES SELBSTBESTIMMTEN STUDIUMS UND FREIHEIT DES LERNENS VERNICHTET. DIE VV FORDERT ALLE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN UND DIE VERTRETER IN Z.B. DEN FACHBEREICHSRÄTEN, KONVENT USW. AUF, IN EINDEUTIGEN STELLUNGEN DIE EINFÜHRUNG DER REGELSTUDIENZEITEN ABZULEHNEN ! INSBESONDERE FORDERT DIE VV, DASS KEINE RÜCKWIRKENDEN ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN DURCH DAS KUMI PER ERLASS FÜR DIE JETZIGEN ERSTSEMESTER EINGEFÜHRT WERDEN.

-Der AstA mobilisiert die Studenten auf die Teilnahme an der Senatssitzung, wo die Regelstudienzeiten in die Rahmenstudienordnung verankert werden sollen.

-Im Zusammenhang damit organisiert der AstA Aktionen zur Information der Öffentlichkeit.

-Die Fachschaften informieren an den Fachbereichen (weiterhin) über drohende Studienverschlechterungen (Prüfungsdruck, Klausuren, Regelstudienzeit, BAFÖG) und führen Aktionen durch, mit dem Ziel, die Verabschiedung reaktionärer Studien- oder Prüfungsordnungen zu verhindern.

-Die Fachschaften unterstützen bestehende Erstsemestergruppen und initiieren die Bildung neuer Gruppen, die sich mit Studienproblemen der Erstsemester beschäftigen (u.a. Regelstudienzeit)

-Die vv ruft alle Erstsemester auf, sich an der hessenweiten Unterschriftenaktion gegen die Regelstudienzeit zu beteiligen.

Anlage 3

Bericht des Kommilitonen Peter Senger von der Befragung des Studentenwerkes im Auftrag des StuPa:

1.) Weshalb die Preise in der Cafeteria so unverschämt hoch sind.

stark Schwankende Auslastung führt dazu, daß die Cafeteria nur drei Monate im Jahr vollen Umsatz macht und deswegen jährlich ein Defizit von DM 50.000 entstehe.

2.) Warum andere Materialien, die das Studentenwerk verkauft (z.B. Ordner) anderswo viel billiger sind.

andere Anbieter zB Kaufhäuser würden erheblich größere Mengen und deshalb zu günstigeren Konditionen umsetzen. Der Laden macht zwischen DM 8.000 bis DM 5.000 Überschuß im Jahr. Wegen des Kostendeckungsprinzips würde der KuMi selbst bei geringen Verlusten den Laden schließen lassen.

3.) Warum in der letzten Zeit (geschehen z.B. am Mittwoch, den 15.11.78) am 2,50 DM-Schalter Essen für ehemals 1,70 DM ausgegeben wird.

Das sei nicht zutreffend! Die Fleischrationen seien, zB bei Gulasch durch Kalbs- statt Rindfleisch, besser und mindestens 20% schwerer.

4.) Wie hoch die Gewinne des Studentenwerkes durch Mieteinnahmen sind (von sämtlichen Studentenwohnheimen).

Defizit bei allen Wohnheimen von 448.000 (davon DM 30.000 Rücklagen)

5.) Wie ist es dazu gekommen, daß am 9.11., dem Jahrestag der sog. Reichskristallnacht, die rechtsradikale "Nationalzeitung" vom StuWe angeboten wurde?

Lag P.S. nicht vor, da erst später hineingestimmt.

Weiterhin fordert das Stupa die sofortige Absetzung des sogenannten "Spitzels", dessen Funktion absolut uneinsichtig und nutzlos ist.

Diese Forderung wird auf der nächsten Stupe Vorstandssitzung eingebracht werden.

Anlage 4

Das Stupa würde beschließen
der Asta laut Finanzordnung § 36,4
liegt zur 2. Lesung des
Haushaltsabchlusses eine genaue
Aufgliederung der Einnahmen- und
Ausgaben im Druckerei- und Foto-
kopierbereich vor.

Nach folgendem Aufschlüsselung

Einnahmen	Druckerei
"	Kopierer
"	M/A
Personalausgaben	Druckerei
Sachausgaben	Kopierer
"	Druckerei
Vertretungskosten	Kopierer

Ausgang Udo Etscheid!

Anlage 5

Wie dem Herren Mockinpott das Leiden ausgetrieben wurde
Peter Weiß

Aufführung Mai 1977
Schauspielstudio THD

6 Aufführungen

Zahl der Besucher etwa 700

Ausgaben:

Kopien und Drucke ASTA	250.-	Werbung
Plakat	250.-	
Aufführungsrechte	310.-	
Requisiten	200.-	
Schminke etc.	87.-	
Bühne und Bauten	1350.-	Werkzeuge, Baumaterial etc.
Abschlußfest	158.-	
	<hr/>	
	2605.-	

Einnahmen:

Zuschauer	2190.-	Spenden sind enthalten
TH	1000.-	
	<hr/>	
	3190.-	

Der Überschuß, der hier erwirtschaftet wurde, ist inzwischen für Zuschüsse zu Gastaufführungen, ein gescheitertes Stück und Eigenwerbung aufgebraucht.

SCHAUSPIELSTUDIO DER T H D
Hans-Jürgen Jensen und Ulrich Rokohl

An die
Verfasste Studentenschaft der THD

Das Schauspielstudio der TH Darmstadt versucht mit seinem Programm und den angebotenen Veranstaltungen den Darmstädter Studenten eine zum vorwiegend technischen Studium alternative Form der Freizeitgestaltung zu bieten. Zum einen soll das Freizeitangebot in Form von Theateraufführungen, Dichterlesungen, Gastspielen anderer Theatergruppen e.t.c. zum anderen in Form von Weiterbildungsveranstaltungen (Sprechbildung, freie Rede, Einführung in das darstellende Spiel) erweitert werden. Insbesondere die letztgenannten Kurse werden von einer qualifizierten Fachkraft ehrenamtlich geleitet.

Zur Zeit inszeniert die Gruppe drei Zweipersonenstücke, die voraussichtlich im Januar zur Aufführung kommen werden. Weitere Studenten, die vor kurzem durch eine Werbeaktion an der Hochschule für unsere Arbeit interessiert wurden, werden an den obengenannten Kursen teilnehmen, organisatorische oder handwerkliche Aufgaben übernehmen oder sich für ein neues Theaterstück entscheiden können. Das Schauspielstudio muß sich den Verlagsgepflogenheiten beugen, das heißt, Textbücher und Aufführungsrechte käuflich erwerben. Die Beleuchtungsanlage ist technisch veraltet, einige Lampentypen werden nicht mehr hergestellt. Eine Lichtregelanlage ist längst überfällig. Für Gastspiele müssen für beide Parteien akzeptable finanzielle Vereinbarungen getroffen werden. Die Ausstattung der Inszenierungen wird bewußt so aufwandsgünstig wie vertretbar gehalten, dennoch müssen Dekorationsstoffe, Holz und Handwerkszeug beschafft werden. Als Beispiel sind in der Anlage die Kosten und Einnahmen für "Mockinpott" von Peter Weiß, unserer letzten zur Aufführung gekommenen Inszenierung gegenübergestellt. Diese finanziellen Aufwendungen führten bisher zu einer sehr eingeschränkten Funktionstüchtigkeit, da finanzielle Risiken teilweise durch Gruppenmitglieder getragen wurden. Wir bitten daher um eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1000.- DM und um die Übernahme unserer Druck und Kopierkosten beim ASTA durch die Studentenschaft um den zeitgemäßen Gruppenfunktionellen Ansprüchen genügen zu können.

Finanzantrag des Schauspielstudios an der THD

Das StuPa möge beschließen:, Das StuPa bewilligt eine einmalige Zuwendung von DM 1250 für das Schauspielstudio der THD. Deckungsvorschlag: Konto kulturelle Veranstaltungen.

Anlage 6

Das StuPa beauftragt den ASTA mit der Organisierung einer TH-Vollversammlung Anfang Februar 1979 mit den Tagesordnungspunkten BaFög, Regelstudienzeit, derzeitiger Stand zur Einrichtung des Vermögensbeirates.

Anlage 7

DRINGLICHKEITSANTRAG AN DAS STUPA:

Das StuPa möge beschließen:

" Am 8. 9. 77 hatte der Darmstädter Magistrat einen Beschluß gefaßt, Informationsstände in der Innenstadt nicht mehr zuzulassen, und das Liegenschaftsamt angewiesen, ab sofort keine Informationsstände zu genehmigen.

Dies war nach den Versuchen 1968 und 1974 der dritte Anlauf des Magistrats, eine "Maulkorbsatzung" durchzusetzen.

Bereits am 15. 9. mußte der Magistrat seine Beschlüsse zurückziehen. Trotz Verbot hatten viele betroffene Gruppen, u.a. Stadtjugendring, AGU, WGD und KBW, jeweils eigene Informationsstände durchgeführt, und hatten sich zahlreiche Verbände und Institutionen, u.a. auch die Stadtverordnetenfraktionen von WGD und SPD gegen das Verbot von Informationsständen ausgesprochen.

Am Freitag den 8. 12. 78 soll jetzt ein Prozess gegen den Studenten W. Fendler wegen Betreibens eines nichtgenehmigten Informationsstandes des KBW am 9. und 10. 9. 77 durchgeführt werden.

Das Studentenparlament fordert die sofortige Einstellung dieses Prozesses und aller weiteren, die wegen Betreiben von Informationsständen im Zeitraum vom 8. 9. 77 bis 15. 9. 77 noch geführt werden. "

Anlage 8

Antrag des AStA zum 6. Bafög-Änderungsgesetz

Das Studentenparlament möge beschließen:

Das Studentenparlament verurteilt auf das Schärfste die geplanten Veränderungen, die die Bundesregierung im Kabinettsentwurf des 6. Bafög-Änderungsgesetzes dem Bundestag vorgelegt hat.

Das Studentenparlament hält die geplante Erhöhung des Bafög-Höchstsatzes um 40 DM auf 620 DM und des Elternfreibetrages um 100 DM auf 1300 DM für vollkommen unzureichend angesichts der stark gestiegenen und noch steigenden Lebenshaltungskosten.

Das Studentenparlament verurteilt das Vorhaben der Bundesregierung

- die geplante Erhöhung erst ab 1.10 1979 wirksam werden zu lassen, obwohl bereits die jetzigen Fördersätze den tatsächlichen Lebenshaltungsbedarf nicht decken;
- eine zusätzliche stichprobenartige Leistungskontrolle einzuführen, da dadurch den Förderungsämtern ein willkürliches Instrument zur politischen Reglementierung einzelner Studenten in die Hand gegeben wird;
- den Bafög-Haushalt im Jahr 1979 um 150 Mill. DM zu kürzen;
- das Höchstalter, bis zu welchem ein Bafög-Erstantrag gestellt werden kann, von 35 auf 30 Jahre herabgesetzt werden soll, da dies die Studenten, die über den zweiten Bildungsweg wie Begabtenabitur oder Fachhochschule an die Universitäten kommen, besonders hart trifft.

Das Studentenparlament betrachtet die Erklärung der Bundesregierung, diese Regelung entspreche der jugendpolitischen Zielsetzung des Bafög als eine Verhöhnung der Studenten.

Das Studentenparlament fordert die Bundesregierung auf, den Forderungen der GEW, des Deutschen Studentenwerkes und der Studenten selbst nach

- 700 DM Bafög-Höchstsatz
- 1500 DM Elternfreibetrag
- 40% relativer Elternfreibetrag
- jährliche Anpassung der Fördersätze und Freibeträge an die gestiegenen Lebenshaltungskosten
- keine Altersgrenze
- keine politische Disziplinierung durch Bafög
- kein Darlehensgrundsatz

Rechnung zu tragen.

Das Studentenparlament beauftragt den AStA, zur Problematik der sozialen Lage der Studenten eine Informationsveranstaltung möglichst noch im Dezember durchzuführen.

Zu dieser Veranstaltung sollen Vertreter aus GEW, DSW und VDS eingeladen werden. Ein Vertreter aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft soll aufgefordert werden zu den brennenden Problemen der Studenten Stellung zu nehmen.

Der AStA wird beauftragt diese Erklärung des Studentenparlamentes an das BMBW, das Kultusministerium des Landes Hessen und an die Presse weiterzugeben.

Autrag 1

~~Stupa~~

Das Stupa möge beschließen:

Am Montag den 15.1.79 wurde der ehemalige Ausländerreferent im Asta der THD und Mitglied des CISNU-Vorstandes, Aliakbar Djasayeri, in seiner Wohnung vorläufig festgenommen und anschließend auf dem Polizeirevier erkennungsdienstlich behandelt. Die Festnahme wurde durchgeführt obwohl er und sein Anwalt dagegen protestierten. Aliakbar Djasayeri war Anmelder der Frankfurter Anti-Schah Demonstration vom 25.11.78. Laut Auskunft seines Anwalts wurde bisher weder bei den Ausländerbehörden noch bei der Darmstädter Polizei Belastungsmaterial gegen ihn vorgelegt. Die vorläufige Festnahme Aliakbar Djasayeris stellt einen Versuch der deutschen Behörden dar, Schah-Gegner in der Bundesrepublik einzuschüchtern und zu kriminalisieren, um so das faschistische Regime im Iran zu unterstützen.

Das Studentenparlament verurteilt diese Vorgehensweise auf das Schärfste.

Asta

~~Antrag 2~~
Antrag 2

Antrag des AstA

Das Studentenparlament möge beschließen:

Das Studentenparlament fordert die Bundesregierung auf, den Beschluß der 38. o. Mitgliederversammlung des DSW, auf eine Änderung des sozialen Mietrechts hinzuwirken, nicht zu folgen.

Diesem Beschluß zufolge soll der DSW-Vorstand den Gesetzgeber auffordern, das soziale Mietrecht dahingehend zu ändern, "daß das 2. Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum auf mit öffentlichen Mitteln geförderter Wohnraum für Studenten öffentlich-rechtlicher oder als gemeinnützig anerkannter Vermieter keine Anwendung findet." Die Antragssteller (die Studentenwerke Augsburg, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg) betrachten die Wohnheime als Vorübergehend genutzte Wohnräume.

Damit wird das Wohnen im Studentenwohnheime mit einem Hotelaufenthalt gleichgesetzt. Dies ist unzulässig. In der Begründung heißt es:

...." Es muß rechtlich sichergestellt werden, daß Kostensteigerungen, die nicht durch Zuschüsse abgefangen werden, auf die Mieter umgelegt werden....."

Die Studentenwerke erhoffen also von einer entsprechenden Änderung des sozialen Mietrechts eine leichtere Durchsetzbarkeit von Mieterhöhungen .

Eine Änderung des sozialen Mietrechts würde bedeuten, daß gerade eine Gruppe sozial Benachteiligter, die Studenten, keinen Anspruch auf den vom Gesetz vorgesehenen Kündigungsschutz haben. Die Antragsteller übersehen auch, daß damit vor allem die finanziell schlechter gestellten Studenten, die sich aus gutem Grund auch am meisten gegen Mieterhöhungen wehren müssen, betroffen wären.

Schließlich sollte die Signalwirkung, die ^{eine} Änderung des sozialen Mietrechts auf andere Gruppen von Vermietern hätte, nicht unterschätzt werden.

Auch aus diesem Grund ist eine Novellierung grundsätzlich abzulehnen.

Höhere Mieten nach der Liberalisierung?

FAZ
11.1.79

Kritik an der geplanten Lockerung im sozialen Wohnungsbau

Ho. BONN, 10. Januar. Die Absicht des Gesetzgebers, die Belegungs- und Mietpreisbindungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau aufzulockern und so ein Stück Marktwirtschaft in die Wohnungswirtschaft zu bringen, stößt auf Bedenken des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. In seinem neuesten Wochenbericht schreibt das Berliner Institut, daß die angestrebte Freigabe der Bindungen bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Mittel saftige Mietsteigerungen zur Folge haben müsse. Mit der Liberalisierung schieden besonders ältere, preiswerte Sozialwohnungen aus dem Bestand aus; sie gingen damit als „Reserve“ für die besondere Versorgung bedürftiger Bevölkerungsschichten (Alte, Behinderte, Ausländer, kinderreiche Familien) verloren.

Nach Ansicht des Berliner Instituts müssen die Mietpreis- und Belegungsbindungen grundsätzlich lange Zeit aufrechterhalten werden, wenn die öffentlichen Mittel den Mietern der Wohnungen zugute kommen sollen. Eine Verkürzung der Bindungsfrist lenke die Subventionen auf die Vermieter um, die dann höhere Gewinne erzielen. Der hohe Einsatz öffentlicher Mittel für den Bau von Sozialwohnungen müßte sich somit im nachhinein als „Fehlsub-

vention“ erweisen. Den Eigentümern von Sozialwohnungen entstünden mit der Bindung an die Kostenmiete im allgemeinen keine unzumutbaren wirtschaftlichen Nachteile. Eine Lockerung der Bindungen sei daher nur für den Fall zu vertreten, daß die bisherigen Mieter ihre Wohnungen kauften. Bleiben die Bindungen erhalten, würden die Sozialmieten künftig weit unter den Mieten entsprechender freifinanzierter Wohnungen liegen und den Fiskus von Wohngeldzahlungen und Sozialhilfeleistungen entlasten.

In Bonn wird angenommen, daß die Kritik des Berliner Instituts am Gesetzentwurf des Bundesrates die weiteren Beratungen des Parlaments beeinflussen wird. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Walthemathe hat am Mittwoch auf Anfrage darauf hingewiesen, daß die Wohnungspolitiker seiner Fraktion die Bedenken des Instituts teilten. Die SPD habe den Gesetzentwurf Nordrhein-Westfalens von Anfang an „kritisch gewürdigt“. Der zuständige Bundestagsausschuß werde am 7. Februar zahlreiche Verbände und Wissenschaftler zu dem Thema anhören. Danach werde die SPD-Fraktion eigene Vorschläge über die künftige Gestaltung des sozialen Wohnungsbaus vorlegen.

Antrag 3

Das Stu-Pa möge beschließen:

Das Stu-Pa der TH fordert den Kurvent auf, bei der Präsidentschaftswahl für den Kandidaten Böhme zu votieren.

Begr. Wie - spätestens - auf dem Hearing deutlich wurde, ^{hat sich} ist lediglich der Kandidat Böhme bereitwillig, an wichtigen Punkten die Studenenschaft bei ihren Forderungen zu unterstützen (Regelstz, Ordnungsrcht, Mittelkürzung...), für die die Studenenschaft der TH in den letzten Jahren gekämpft hat, während sich der gegenkandidat ~~Herr~~ Brandt gerade z.B. im Plkt des Ord. Rechts explizit ~~dagegen~~ ^{gegen unsere Interessen} aussprach.

Kollebs, Spitze

Antrag SH1

TOP

8)

Antrag 4

Das Stupa möge beschließen:

- „ Um weit verbreiteten Gerüchten und sicherlich größtenteils falschen Verdächtigungen entgegenzutreten, fordert das Stupa die in ihm vertretenen Gruppen auf, beim Präsidium eidesstattliche Erklärungen abzugeben über die Höhe der ⁱⁿ Zuwendungen aus staatlichen Quellen (z.B. Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz) d.h. aus öffentlichen Steuergeldern, die an die Gruppierungen auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene in den Jahren 1976, 1977 u. 1978 gezahlt worden sind; eingegangene eidesstattliche Erklärungen sind in der nächsten WUB zu veröffentlichen. “

gez. Griesmann

|| Gleichzeitig Antrag auf namentliche Abstimmung!! ||

5. Auftrag des UDS

Asta wird aufgefordert, das
genehmigte Protokoll an die
Musa-Essen ausgabe vor der
Otho-Berndt-Halle auszu-
hängen.

R

K 3 - A 448/4 -

Darmstadt, 4. Dez. 1978

An den
Präsidenten des Studentenparlaments THD
Stud. Klaus Horst

Technische Hochschule Darmstadt

Betr.: Zusammensetzung des Stupa

Sehr geehrter Herr Präsident!

Stud. Stefan M i c h a l l i k
- Mitglied des Stupa Sitz 18 Liste 1 -

hat mir am 30.11.1978 seinen sofortigen Rücktritt aus dem Stupa
mitgeteilt.

Nach § 11(2) vStSTHD rückt die Bewerberin lfd. Nr. 15 der Vorschlags-
liste 1

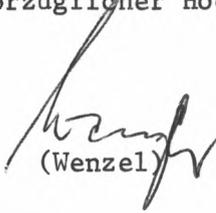
Stud. Ulrike L a u x, Matr.-Nr. 144 597,
Heinheimerstr. 71, 6100 Darmstadt,

nach.

Gem. § 28(2) WOTHD bitte ich, sie ab sofort in das Studentenparlament
aufzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

I.A:


(Wenzel)

In Fotokopie z.K.:

Stud. Ulrike Laux, [REDACTED], 6100 Dst.